

BDB NRW

Wie wollen Sie den Bedarf an Wohnraum (Neubau + Umbau im Bestand) decken und welche Prioritäten werden Sie setzen? Welche Strategien verfolgen Sie, um die Baunebenkosten zu senken? Welche Position beziehen Sie bzgl. einer aktiven Bodenpolitik durch die Kommunen?

Wir wollen eine Offensive für mehr Bauland. Die Fesseln im Landesentwicklungsplan, die neues Bauland verhindert haben, haben wir gelöst. Die Regionalpläne können jetzt mehr Flächen für den Wohnungsbau ausweisen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese neuen Freiheiten jetzt genutzt werden, um auch für junge und wachsende Familien angemessenen Wohnraum im Eigentum oder zu erschwinglichen Mieten anbieten zu können. Mit dem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer werden wir jungen Familien den Traum von einem eigenen Zuhause erfüllen. In einem zweiten Schritt setzen wir uns für eine spürbare Senkung der Grunderwerbsteuer und damit für eine allgemeine Entlastung ein. Wir wollen außerdem durch einen sozialen Wohnungskauf mehr Mieter zu Eigentümern machen. Die Förderung des Wohnungsbaus muss zudem zielgenauer werden, damit mehr bezahlbare Wohnungen zur Miete damit gebaut werden. In angespannten Wohnungsmärkten und Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen wollen wir Leuchttürme für neuen Wohnraum schaffen, hierzu sollen Hochhäuser („Hochhinaushäuser“) nach höchsten ökologischen und städtebaulichen Standards in innovativer Bauweise entwickelt werden. Zudem wollen wir die Nebenkosten etwa bei der Grunderwerbssteuer senken und das Bauen weiter erleichtern und beschleunigen. Die Baukosten sind ein wesentliches Hemmnis für ein größeres Wohnungsangebot, daran haben immer höhere Standards und Normen einen relevanten Anteil. Wir wollen uns dafür einsetzen die Zahl und das Niveau der Standards zu überprüfen, Baumaßnahmen zu vereinheitlichen und zu verbilligen.

Wie schätzen Sie die Auswirkungen auf die räuml. Entwicklung ein (Stadtentwicklung, Stadt-Land-Beziehungen, ...)? Welche Bedeutung messen Sie der Digitalisierung in Planungs- und Bauprozessen bei? Welche positiven / negativen Effekte erwarten Sie sich zu einer zunehmenden Digitalisierung?

Neben der Initiative Bau.Land.Leben und der Verdoppelung des Finanzrahmens für die kooperative Baulandentwicklung wollen wir landeseigene Flächen, wo immer möglich und sinnvoll, zusätzlich als Bauland mobilisieren. Aber auch das Wachstum von Städten und Gemeinden durch Arrondierung von Wohnbauflächen oder im Einzelfall durch Bau neuer Stadtteile unterstützen wir. Bei der Entwicklung knapper innerstädtischer Flächen wollen wir sicherstellen, dass neben freier Bebauung auch ein Anteil für sozialen Wohnungsbau vorgesehen wird. In der Digitalisierung sehen wir eine große Chance: Wir brauchen schnellere Baugenehmigungen – durch Digitalisierung der Bauanträge, Verkürzung der Vollständigkeitsprüfung auf zehn Tage sowie mehr Wettbewerb zwischen den Kommunen. Durch konkrete

Ziele für Genehmigungen für neuen Wohnraum wollen wir einen Anreiz für schnellere Verfahren schaffen. Durch durchgehend digitalisierte Prozesse – vom Bauantrag bis zur Weiterbearbeitung – wollen wir für eine zusätzliche Beschleunigung sorgen. Die Digitalisierung bietet darüber hinaus auch Chancen für den Neubau sowie die Bestandssanierung. Moderne Bautechnologien wie den 3D-Druck und BIM-Systeme (Building Information Modeling) wollen wir weiter fördern und ausbauen.

Wie kann eine Vereinheitlichung der Vergabekriterien erreicht werden – insbesondere bei der Nutzung digitaler Vergabeplattformen? Wie können kleinere und mittlere Büros besser an Vergabeverfahren teilnehmen?

Wir wollen im Rahmen der Digitalisierung die Once-Only-Garantie, das One-Stop-Shop-Prinzip, den Open-Data-Grundsatz und eine klare Nutzerorientierung unter zu Hilfenahme von KI gestützten Online-assistenten ganzheitlich für alle Verwaltungsangebote umsetzen. Das gilt auch für Vergabeverfahren. Diese wollen wir weiter verschlanken. Da wo kein Bürokratieabbau möglich ist, setzen wir auf umfassende Erleichterungen durch einfachere Formulierungen, Standardisierungen und technische Vereinfachungen. Mit dem Portal für das öffentliche Auftragswesen des Landes Nordrhein-Westfalen vergabe.nrw setzt unser Land bereits die vollständige und medienbruchfreie Abwicklung von Vergabeverfahren um. All das kommt auch kleinen Büros zu Gute. Bei dem Digitalisierungsprozess im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes setzen wir auf das „Einer für Alle“-Prinzip. Länder und Kommunen sollen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht jeweils eigenständige Lösungen entwickeln, sondern von einer Gebietskörperschaft entwickelte Services sollen auch von anderen nachgenutzt werden.

Vergaben erfolgen oft mit hohen Abschlägen auf die HOAI; so ist ein auskömmliches Arbeiten nicht möglich. Wie stehen Sie zu diesem Vorgehen der öffentlichen Hand? Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Architektur- und Ingenieurbüros streben Sie an?

Wir wollen die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Freien Berufe erhalten und vor staatlicher Bevormundung schützen. Die hohen Qualitätsstandards, denen Architektur-, Stadtplanungs- und Ingenieurbüros verpflichtet sind, müssen weiterhin geschützt werden. Dazu wollen wir angemessene und sinnvolle Rahmenbedingungen für die Berufsausübung sicherstellen und insbesondere die vielen überflüssigen bürokratischen Hürden abbauen.

Zudem streben wir eine Offensive für eine bessere Zahlungsmoral der öffentlichen Hand an. Offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze besonders im Mittelstand massiv gefährden. Das wollen wir verhindern. Da bei der zurückliegenden Novelle der HOAI lediglich die notwendige Anpassung

an das Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus 2019 erfolgt ist, und eine weitergehende Modernisierung nicht durchgeführt wurde, unterstützen wir Freie Demokraten eine umfassendere Novellierung der HOAI auf Bundesebene.

Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen klimaangepassten Städtebau planen Sie? Wie stehen Sie zur Forderung, die Vorbildfunktion öffentlicher Bauvorhaben zu stärken?

Um günstiger und ressourcenschonender bauen zu können, setzen wir auf neue Entwicklungen in der Baubranche. Wir wollen die Entwicklung und Nutzung neuer Baustoffe vorantreiben und zukunftsfähige Konzepte wie etwa „Cradle to Cradle“ nutzen. Bei diesem ökoeffizienten Lösungsansatz werden die genutzten Ressourcen am Ende ihrer Lebensdauer wieder dem Stoff- und Materialkreislauf zugeführt. Dieses Verfahren wollen wir zukünftig auch für Bauprojekte des landeseigenen „Bau- und Liegenschaftsbetriebs“ anwenden. Weiterhin wollen wir für die Kommunen Handreichungen erarbeiten, damit auch sie das Konzept „Cradle to Cradle“ einfacher umsetzen können. Gleichzeitig erleben wir eine völlig neue Entwicklung bei den Baumaterialien. Wir wollen die Marktreifung von Innovationen in diesem Bereich vorantreiben mit passgenauen Förderprojekten und Möglichkeiten der verbesserten Erprobung, etwa durch eine bauordnungsrechtliche Experimentierklausel.

Wie schätzen Sie den Handlungsbedarf beim zukunftsfähigen (Um-)Bau bei Infrastrukturen ein? Wie können sich Land und Kommunen mittel- bis langfristig besser aufstellen, um notwendige Sanierungsarbeiten und Neustrukturierungen gut angehen zu können?

Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe. Funktionierende Verkehrsadern sind zugleich Grundlage für einen starken Wirtschaftsstandort. Um Mobilität zu ermöglichen, um Wege- und Lieferketten sicherzustellen, müssen alle Verkehrsträger leistungsfähig und gut verknüpft sein. Wir setzen weder einseitig auf einzelne Verkehrsmittel noch auf bestimmte Antriebstechnologien. Wir schreiben auch niemandem vor, wie sie oder er sich fortbewegen soll. Auch in der Verkehrspolitik setzen wir auf Innovationen und Technologieoffenheit statt auf Verbote.

Wir wollen in NRW die Mobilität der Zukunft gestalten und dafür die Chancen der Digitalisierung ebenso nutzen wie die vielfältigen technologischen Entwicklungen im Verkehrsbereich. Um Wahlmöglichkeiten und Umstiegsoptionen für die individuelle Fortbewegung zu schaffen, wollen wir alle Verkehrsträger stärken. Wir wollen darüber hinaus die Weichen stellen für die Entwicklung, Erprobung

und Anwendung innovativer Mobilitätsangebote. Das gilt etwa für die Implementierung neuer Antriebstechnologien, für autonome Fahrsysteme, für smarte Lösungen im Bereich der Logistik, für Sharing-Lösungen und vor allem für den ÖPNV.

Welche Maßnahmen sollte die nächste Landesregierung Ihrer Meinung nach ergreifen, um dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst zu begegnen? Wie möchten Sie Ausbildungsstätten, Kammern und Verbände dabei unterstützen, mehr SchülerInnen für einen Beruf im Planungs- und Baubereich zu begeistern?

Wir möchten den öffentlichen Dienst durch Förderung und Vergütung wieder attraktiver für aufstiegsorientierte junge Einsteigerinnen und Einsteiger machen. Mit motivierten, serviceorientierten und gut ausgebildeten Beschäftigten, die wir bereits in der Schule durch Talentscouts fördern wollen, wird der Öffentliche Dienst zukunftsfähig. Wir werden jungen Menschen maßgeschneiderte Angebote machen und Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens auch interkulturell öffnen. Denn für die digitale Transformation der Landesverwaltung braucht es kreative Köpfe jeden Alters und jeder Herkunft.

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes soll dabei in Zukunft nicht der Beamtenstatus ausmachen, sondern all das, was auch private Arbeitgeber für sich in die Waagschale werfen können: attraktive Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten, immaterielle Wertschätzung sowie eine Bezahlung, die individuelles Engagement belohnt.
